



Misslungene Gesundheitsreform

Rede von Martina Bunge, 21. November 2006

Rede zum Haushalt 2007 - Einzelplan Gesundheit

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

Mit nun 3 Milliarden Euro nimmt sich der Haushalt des Bundesministeriums für Gesundheit sehr bescheiden

aus. Es ist deshalb sehr verständlich, dass hier fast alle über die dreistelligen Milliardenbeträge reden,

die im Gesundheitssystem bewegt werden.

Natürlich spielt die misslungene Gesundheitsreform hier die größte Rolle. Eigentlich wollte ich heute etwas

anderes in den Mittelpunkt stellen, aber es hält mich nicht, Frau Ministerin. Ich muss doch etwas zur Reform

sagen. Sie kritisieren unseren Antrag. Ich sage Ihnen: 10 Milliarden mehr wären im System der GKV gut aufgehoben.

Wir leben mittendrin in den Herausforderungen, die sich aus der Alterung der Gesellschaft und aus dem medizinischen Fortschritt ergeben, und wir haben

dieses Problem mit dem gleichen Anteil zum
Leistungsvermögen
der Gesellschaft bisher bewältigt. Es ist hohe
Zeit, dass mehr Geld ins System kommt.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Woher?)

- Die Quellen haben wir Ihnen genannt mit einer
gerechten
Steuerreform und mit einer Bürgerinnen- und
Bürgerversicherung,
die auch die Einnahmen, die Beiträge
auf breitere Schultern, auf alle Einkommen bezieht.

(Beifall bei der LINKEN)

Das würde den Patientinnen und Patienten sowie den
Beschäftigten im Gesundheitssystem gut tun. Sie
wären
die Gewinnerinnen und Gewinner und nicht
irgendwelche
imaginären Lobbyisten.
Ich finde es angesichts der komplizierten Situation in
diesen Tagen höchst unerträglich, dass Sie die
Krankenkassen
hier zum Sündenbock machen. Dass trotz der
Politik der letzten Jahre - ich denke an das Hin und
Her
mit der Folge immer neuer Kostendämpfungsgesetze
-
die Leistungen gegenüber den Patientinnen und
Patienten
erfüllt wurden, haben letztlich die Krankenkassen
organisiert.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte mich jetzt aber mit einigen Aspekten in
die Mühen der Ebene des Haushalts begeben und

zunächst ein Thema beleuchten: Natürlich ist es gut, dass für die Aufklärung in Sachen HIV und Aids 3 Millionen Euro mehr aufgewandt werden und so der Titel von 9,2 auf 12,2 Millionen Euro steigen kann. Als Ausschussvorsitzende begrüße ich, dass die Bundesregierung während der deutschen Ratspräsidentschaft eine Geißel der Menschheit, die weltweite Ausbreitung von HIV und Aids, thematisieren will. Auch wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier werden den G-8-Gipfel intensiv begleiten und gemeinsam mit der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung eine internationale Konferenz zu HIV und Aids organisieren; denn Impulse für parlamentarische Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten im Rahmen des zivilgesellschaftlichen Engagements müssen schnellstmöglich verbreitet werden. Die Erfahrung ist: Dringend notwendiges Geld wird umso effektiver und wirkungsvoller eingesetzt, je konsequenter Regierungen und Parlamente sich an die Spitze der nationalen Strategien stellen. Es ist zweifelsohne auch zu begrüßen, dass mit der finanziellen Ausstattung einer Präventionskampagne durch den Bund das Thema Prävention überhaupt im Haushaltsentwurf auftaucht; denn leider ist es um Gesundheitsförderung und Prävention viel zu ruhig geworden. Wir haben lange über die Notwendigkeit eines Präventionsgesetzes geredet. Im letzten Jahr wurde hier über einen Gesetzentwurf diskutiert. Sie alle kennen das Schicksal. Das Bekenntnis von Schwarz-Rot im Koalitionsvertrag

zum Präventionsgesetz ist mittlerweile zwölf Monate alt. Die Einjahresbilanz ist negativ. So bleibt der Ausbau der Prävention zu einer eigenständigen Säule im Gesundheitssystem weiterhin auf der Strecke. Wenn jetzt die Ministerin ankündigt, das Präventionsgesetz solle nach der Gesundheitsreform und nach der Pflegereform kommen - wir alle wissen, wie gefahrengeneigt auch im zeitlichen Ausmaß diese Reformen sind -, dann ist die Prävention ja fast auf den Sankt-Nimmerleins-Tag vertagt.

Frau Ministerin, wenn Sie ganz richtig den Nichtraucherschutz als eine große Säule für Prävention in der Gesellschaft ansprechen, dann fordere ich Sie auf: Sie haben mit der Regierungskoalition eine große Mehrheit hier im Parlament. Dann tun Sie es doch und provozieren uns nicht, Gruppenanträge oder Einzelanträge einzubringen! Machen Sie es! Lassen Sie den Worten Taten folgen!

(Beifall bei der LINKEN)

Sie haben es in der Hand.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Wir sehen ja in Berlin, wie toll das Rot-Rot kann!)

Eine umfassende, verstetigte Prävention hätte für das Wohlbefinden von Jung und Alt und auch für die Sozialsysteme viel Gutes; es gäbe sehr viele Synergien. Hier muss einfach ein Punkt gesetzt werden. In der

Zukunft

reichen für eine Präventionskampagne 3,2 Millionen Euro als gesamtgesellschaftlicher Beitrag nicht aus.

Angesichts dieser Summe von 3,2 Millionen Euro muten die 6,1 Millionen Euro geradezu grotesk an, die in

Ihrem Haushalt für Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung

stehen. Sie sollten bessere Gesetze machen. Wenn Sie

das tun, dann brauchen Sie kein Geld für das Schönreden

von Gesetzen, für Gesetze, die es überhaupt noch nicht

gibt, wie in Anzeigen dieses Jahr. Machen Sie Gesetze,

die den Patientinnen und Patienten helfen! Machen Sie

Gesetze, die den Beschäftigten helfen! Wenn Sie das tun,

dann brauchen Sie dieses Geld nicht für eine überbordende

Öffentlichkeitsarbeit und dann könnten Sie es sinnvoller verwenden.

Ich danke.

(Beifall bei der LINKEN)